

# AUFBRUCH IN NEUE RÄUME

SCHWERPUNKTTHEMA DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN ESCHBORN

Perspektivdiskussion

## Aufbruch nach „ganz unten“

*IKvu in einer gespaltenen Welt*

**Auf der Delegiertenversammlung der IKvu in Eschborn vom 21. - 23. Oktober 1994 bildete das im folgenden dokumentierte Referat von Matthias Möhring-Hesse den Einstieg in die Diskussion über neue thematische Schwerpunkte der Initiative Kirche von unten. Matthias Möhring-Hesse ist Soziologe und Theologe. Als Mitarbeiter von Prof. Friedhelm Hengsbach SJ ist er am Frankfurter Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik tätig.**

Die in der Bundesrepublik etablierte politische Klasse will uns gegenwärtig glauben machen, daß sich in den letzten Jahren an der bundesdeutschen Fahrstuhlfahrt nach „oben“ wenig mehr geändert habe, als daß die Wohlstandsentwicklung -bedingt durch die deutsche Einigung - für ein paar Jahre pausiert, der „Fahrstuhl“ allenfalls um einige Zentimeter gesackt ist. Innen- und sozialpolitisch sei Armut jedenfalls kein relevanter Sachverhalt - und also auch kein Anlaß für eine seriöse und kontinuierliche Armutsberichtserstattung. Doch bereits wenig sensible Zeitgenossen sind schnell vom Gegenteil überzeugt: Auch ohne regierungsamtliche Anerkennung leben in der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft, oder besser innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik, zunehmend mehr Arme. Passanten in den Einkaufsmeilen der Großstädte beargwöhnen Obdachlose und jugendliche Cliquen, die dort ihren „Lebensmittelpunkt“ suchen, wo andere ihren Einkauf genießen wollen; BürgerInnen müssen zur Kenntnis nehmen, daß ihre Kommunen wegen steigender Sozialausgaben anderen kommunalen Aufgaben nur noch schwer nachkommen können; kirchliche Gemeinden werden wieder häufiger „in letzter Not“ um Hilfe angegangen.

Seriösen Untersuchungen zufolge ist die Anzahl der Armen in den letzten beiden Jahrzehnten auf 7,5 Prozent der Gesamtbevölkerung gestiegen. Wird die

Armutsgrenze nicht bei der Hälfte des durchschnittlichen Haushaltseinkommens, sondern etwas darüber, nämlich bei 60 Prozent dieses Einkommens gelegt, liegt die Armutsrate sogar bei 12 Prozent. Ein großer Teil der bundesdeutschen Bevölkerung lebt also in Armut. Um im Gleichnis des Lukas-Evangeliums zu sprechen: Der arme Lazarus liegt vor unseren Türen, vor den Türen der bundesdeutschen Wohlstandsbevölkerung. Er lebt insbesondere in der Gestalt von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien, von Personen ohne Schul- oder Berufsabschluß und von Arbeitern, vor allem aber in der Gestalt von AusländerInnen.

Im Vergleich des jeweils pro Kopf der Bevölkerung erwirtschafteten Bruttosozialprodukts nimmt die bundesdeutsche Gesellschaft weltweit auch weiterhin eine führende Stellung selbst unter den großen Industriegesellschaften ein. Die Bundesrepublik gehört ohne Zweifel zu den reichsten Gesellschaften dieser Erde, erwirtschaftet und beansprucht also einen überproportional großen Anteil am weltweit verfügbaren „Reichtum der Nationen“ Einem relevanten Bevölke-

rungsteil wird jedoch sein Anteil an dem in der Bundesrepublik verfügbaren Reichtum vorenthalten. Ohne ausreichendes Einkommen lebt er in Armut und damit in einer Situation, die für die Bevölkerungsmehrheit gänzlich unbekannt und letztlich unverständlich ist.

### Armut in der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft

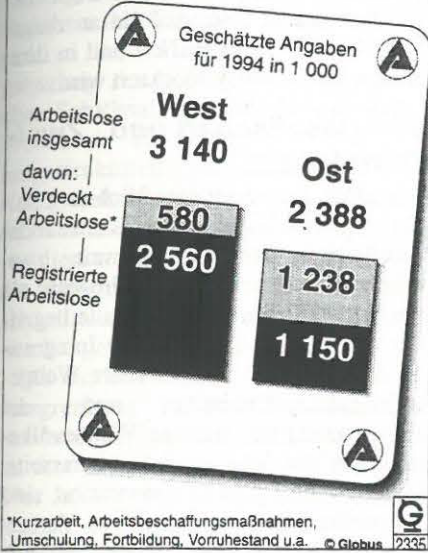
Die in den letzten beiden Jahrzehnten dramatisch angestiegene Armut ist vor allem eine Folge der verfestigten Massenarbeitslosigkeit, die die Bundesrepublik seit Ende der siebziger Jahre prägt. Diese Arbeitslosigkeit ist durch verschiedene strukturelle Faktoren verursacht, vor allem durch den technisch bedingten Anstieg der Produktivität und durch die zunehmende Integration der bundesdeutschen Volkswirtschaft in die globalen Märkte. In der Folge hat sich die Beschäftigung vom konjunkturellen Verlauf der bundesdeutschen Wirtschaft

„Der arme Lazarus liegt vor unseren Türen, vor den Türen der bundesdeutschen Wohlstandsbevölkerung.“

abgelöst. Statt daß Beschäftigungsdefizite in den wirtschaftlichen Aufschwungsphasen behoben wurden, hat sich der Sockel an Arbeitslosigkeit nach jedem Konjunkturunbruch vergrößert und die Situation einer massenhaften Erwerbs- und Arbeitslosigkeit verfestigt. Dabei hat sich für viele der davon Betroffenen ihre Erwerbs- und Arbeitslosigkeit als individuelles Dauerschicksal verfestigt. Als Langzeitarbeitslose werden sie aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt und erhalten immer weniger eine Chance, jemals von „geregelter Arbeit“ und einem „geregelten Einkommen“ zu leben.

Weil es in der jungen Bundesrepublik - in der Situation des dauerhaften Wachstums und der Vollbeschäftigung - sozialpolitisch darum ging, die Beschäftigten und ihre Familien vor sozia-

## Die wahre Arbeitslosigkeit in Deutschland



Rund 3,7 Millionen Männer und Frauen waren im Jahr 1994 in Deutschland arbeitslos. So lautet die offizielle Zahl in der Statistik der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. Diese Zahl gibt exakt wieder, wie viele Männer und Frauen bei den Arbeitsämtern als arbeitslos registriert waren. Und doch ist dies nur die halbe Wahrheit. Nach dem jüngsten Gutachten der „fünf Wirtschaftsweisen“ tauchen nämlich mehr als 1,8 Millionen Menschen in der amtlichen Statistik gar nicht als Arbeitslose auf, weil sie kurzarbeiten, eine ABM-Stelle haben, sich umschulen oder fortbilden lassen oder in den Vorruhestand gegangen sind. Besonders in Ostdeutschland ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt mit 1 238 000 verdeckt Arbeitslosen gegenüber 580 000 in Westdeutschland weitaus trostloser, als die Meldungen aus Nürnberg vermuten lassen. Damit beläuft sich die wahre Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf insgesamt 5,5 Millionen.

len Risiken (vor allem Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter) abzusichern und dabei ihren erworbenen Lebensstandard zu sichern, wurde der bundesdeutsche Sozialstaat auf die Erwerbsarbeit hin ausgerichtet. So werden die Rechte auf alle attraktiven Sozialleistungen durch die Erwerbsarbeit erworben, und die Höhe dieser Sozialeinkommen bestimmt sich durch den vorausgehenden Arbeitserwerb. Lediglich für atypische Lebensbiographien wurde mit der Sozialhilfe ein untergründiges Auffang- und Hilfeeinstrom geschaffen, um Menschen „in besonderen Lebenslagen“ zu unterstützen bzw. in Fällen außergewöhnlicher Not „Hilfe zum Lebensunterhalt“ zu gewähren. An der Struktur des bundesdeutschen Sozialstaats hat sich über die Jahrzehnte nichts geändert; verändert haben sich aber die so-

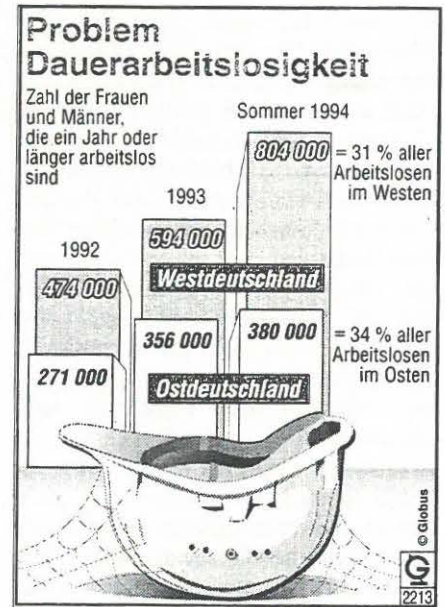
zialpolitischen Ausgangsvoraussetzungen. So verfehlen – vor allem in Folge ihrer dauerhaften Erwerbs- und Arbeitslosigkeit – immer mehr Menschen die Zugangs- und Leistungsvoraussetzungen der sozialen Sicherungssysteme, fallen also durch das komfortable „soziale Netz“ hindurch – und in die Sozialhilfe hinein. Derart verlängert der bundesdeutsche Sozialstaat die Ausgrenzungen auf dem Arbeitsmarkt wie auch die unterschiedlichen Benachteiligungen aus dem Arbeitsmarkt (durch prekäre Arbeitsverhältnisse und Niedrigeinkommen) in randständige Lebenslagen, in Unterversorgung und Armut also.

Die Zahl der Menschen, die von den Sozialämtern ihrer Kommune „Hilfe zum Lebensunterhalt“ erhalten, hat sich seit den siebziger Jahren verdreifacht und liegt bei etwa drei Millionen Menschen. Insgesamt zahlen die bundesdeutschen Gebietskörperschaften über 4,85 Millionen Menschen Sozialhilfe aus. Sozialhilfe ist zwar noch kein hinreichendes Anzeichen für Armut, aber ein wichtiger Hinweis – vor allen Dingen, wenn für die Betroffenen die Sozialfürsorge zum Normaleinkommen auf Dauer wurde. Schätzungen zu Folge sind davon bereits 10 bis 20 Prozent aller Sozialhilfeempfänger betroffen. Deren „Hilfe zum Lebensunterhalt“ räumt ihnen keineswegs die Lebenschancen ein, die auch nur annähernd mit denen vergleichbar wären, die für die Bevölkerungsmehrheit mit mindestens durchschnittlichen Monatseinkommen selbstverständlich sind. Armut hat viele Gesichter und im Einzelnen auch verschiedene Ursachen; in einem gleichen sich die Lebenslagen der Armen aber: Im Vergleich zu den Selbstverständlichkeiten der Bevölkerungsmehrheit sind sie unterversorgt. Unterversorgung äußert sich primär in minderen Einkommen, die wiederum nicht nur die materielle Situation der Betroffenen (vor allem Wohnung, Nahrung und Bekleidung) beeinträchtigen, sondern darüber hinaus auch ihre persönlichen Entwicklungs- und sozialen Partizipationschancen drastisch beschneiden. Die Beeinträchtigung der materiellen Lebenssituation wird in der Wohnungsarmut besonders deutlich, daß also zunehmend mehr Menschen aus dem freien Wohnungsmarkt herausgedrängt werden, viele von ihnen sogar ohne jedes Obdach bleiben. Bei Kindern und Jugendlichen werden dagegen die Entwicklungs- und Partizipationschancen besonders nachhaltig beschädigt: Sie

bleiben – weil unter Bedingungen der Unterversorgung aufwachsend – ohne Qualifikationen, die für die Gleichaltrigen „aus gutem Hause“ selbstverständlich sind.

## Spaltung der Gesellschaft - Gefahr für die Demokratie

Die von Armut betroffenen Menschen müssen ihre Unterversorgung individuell meistern: das tägliche Essen und die tagtägliche „Frei“zeit, für die Nacht ein „Dach über dem Kopf“ und für den Winter warme Kleidung, manchmal gar Ratenzahlungen für Konsumartikel, die schon längst gepfändet wurden. Doch so sehr sich die Betroffenen auch bemühen: In dem Maße, wie ihre Armut andauert, verschwinden sie aus den sozialen Räumen und Zusammenhängen, die für die Bevölkerungsmehrheit normal sind und deshalb auch die bundesdeutsche Wohlstandsgesellschaft bestimmen. An dem normalen Leben können sie nicht mehr teilnehmen, nicht nur weil ihnen das Geld für Fahr- und Eintrittskarten, für das Bier beim Kegel-



Mehr als eine Million Menschen in Deutschland sind länger als ein Jahr arbeitslos, obwohl es mit der Wirtschaft wieder aufwärts geht. Bis die Langzeitarbeitslosen wieder Arbeit haben, wird es noch einige Zeit dauern. Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt, daß nach einer Rezession ein immer größerer Sockel von Arbeitslosen übrig bleibt. Viele Dauerarbeitslose fühlen sich ausgeschlossen und überflüssig, manche macht die Arbeitslosigkeit sogar krank. Ohne eine aktive Arbeitsmarktpolitik mit Wiedereingliederungshilfen und Umschulungen haben sie kaum eine Chance, wieder in das Berufsleben integriert zu werden.

abend und für den „Spiegel“ oder „Kicker“ fehlt. Oftmals ertragen sie auch den Kontakt zur Wohlstandsgesellschaft nicht mehr, führt ihnen doch der Wohlstand der Anderen eine Welt vor Augen, der sie nicht mehr angehören, die sie – resigniert oder frustriert – auch nicht mehr erreichen wollen.

Andererseits verweigert die Bevölkerungsmehrheit den Armen auch jegliche Aufmerksamkeit: Mit dem aufregenden, gleichwohl aber auch ungemein riskanten Leben im Wohlstand vollauf beschäftigt, erscheint ihnen ihr eigener Wohlstand auch als Ergebnis eigener Leistung. Unterstützt durch das neoliberale Loblied auf die persönliche Freiheit unterstellen viele dann aber häufig im Kehrschluß, daß diejenigen, die aus der geordneten und guten Gesellschaft her-

ausgefallenen Bevölkerungsteile ab-

Doch auch wo diese Solidarität über die Grenzen des Wohlstandes noch nicht verweigert wird, scheint sie den meisten durch die Sozialfürsorge ihrer Kommunen bereits hinreichend gedeckt zu werden. Bestätigen doch nicht zuletzt viele der dafür verantwortlichen Politiker, daß es Sozialhilfeempfängern doch recht gut, wenn nicht gar zu gut gehe. Wenn sich die Bevölkerungsmehrheit also vielleicht noch manchmal daran erinnert, daß es in der Bundesrepublik Arme gibt, wird und will sie aber nur selten davon wissen, wie und wo diese Armen und unter welchen Bedingungen und mit welchen Perspektiven sie leben.

Die Armen kommen daher in der „normalen“ Gesellschaft nicht vor, ihre Erfahrungen bleiben unverstanden und ihre Interessen ungeteilt. In dem Maße, wie sie auf Dauer aus der Wohlstandsgesellschaft ausgeschlossen bleiben, wird aber die soziale Einheit dieser Gesellschaft aufgelöst. Die Gesellschaft grenzt die von der Bevölkerungsmehrheit beheimateten Wohlstandszonen von den sozialen Zusammenhängen der Armen ab, wobei das gesellschaftliche Selbstverständnis fast ausschließlich durch den Wohlstand der Bevölke-

rungsmehrheit bestimmt wird. Und genau auf diesem Weg ist die Bundesrepublik bereits weit „vorangeschritten“. Vor allem in den bundesdeutschen Großstädten spalten sich Wohlstand und Armut zunehmend in unterschiedliche und untereinander kaum noch korrespondierende soziale Zusammenhänge auf.

Die Bevölkerungsmehrheit scheint von dieser gesellschaftlichen Spaltung zu „profitieren“: Indem die Armen in die Unterversorgung abgedrängt und aus dem herrschenden Bewußtsein der Gesellschaft ausgeschlossen werden, bleibt wenigstens ihr Anteil am gesellschaftlichen Reichtum unangetastet, werden nämlich die ihren Wohlstand bislang sichernden Verfahren und Institutionen weder überdacht noch ge-

„Die Armen kommen in der 'normalen' Gesellschaft nicht vor, ihre Erfahrungen bleiben unverstanden.“

nenfalls in Frage gestellt. Seitens der Bevölkerungsmehrheit gehen deshalb nur äußerst zaghafte Signale an die Adressen der dafür verantwortlichen Akteure, politisch einzuwirken und den von Armut Betroffenen „geregelt Arbeit“ und ein ausreichendes Einkommen zu sichern.

Gleichwohl schlägt die zunehmende gesellschaftliche Spaltung auf die Wohlstandsgesellschaft zurück, trifft sie nämlich in ihrem demokratischen Selbstverständnis. Wenn Armutszonen von der „normalen“ Gesellschaft abgespalten und Bevölkerungsteile dauerhaft ausgegrenzt werden, nehmen nämlich einerseits die Konfliktthemen zu, wobei die sozialen Konflikte zugleich an Schärfe gewinnen. Auf der anderen Seite werden die Voraussetzungen der demokratischen Bearbeitung dieser Konflikte schleichend abgetragen: In einer gespaltenen Gesellschaft brechen jene Gemeinsamkeiten zusammen, auf deren Basis öffentliche Meinungs- und Willensbildung ausgetragen und gesellschaftlich ausgehalten werden kann. Zudem wird die Armutsbevölkerung von den gesellschaftlichen Entscheidungen abgeschnitten, nicht zuletzt weil sie auf Grund ihrer minderen Einkommen an der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung nicht oder zumindest nicht gleichberechtigt teilnehmen kann. Den ausgegrenzten Bevölkerungsteilen werden also eben nicht nur Lebenschancen, sondern darüber hinaus auch die in

der „normalen“ Gesellschaft üblichen Teilhabebereiche verwehrt. In Folge der gesellschaftlichen Spaltung droht der Bundesrepublik also, daß sie an demokratischer Substanz verliert und in ihrer zivilen Entwicklung blockiert wird.

### **Weltgesellschaft und „Zwei-Drittel-Welt“**

Analog zur gesellschaftlichen Spaltung der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft können weltweit zwei scheinbar widersprüchliche Prozesse als die beiden Seiten einer Medaille begriffen werden: Die zunehmende Integration der Gesellschaften zu einer Weltgesellschaft einerseits und die Ausgrenzung der ärmsten Weltbevölkerung aus der „one world“ andererseits. Die Prozesse globaler Integration sind derart eingestellt, daß durch die Vernetzung der Weltbevölkerung zugleich weite Teile der Weltbevölkerung aus der entstehenden Weltgesellschaft ausgeschlossen werden. Die Abkoppelung der betroffenen Weltbevölkerung resultiert also nicht aus dem Ausschluß ihrer Gesellschaften aus der weltökonomischen Dynamik, sondern wird im Gegenteil durch die Art und Weise der globalen Integration ihrer Volkswirtschaften verursacht. Dabei besteht immer weniger ein Wohlstandsgefälle zwischen Ländern, die man dann entsprechend ihrer Wohlstandspositionen katalogisieren könnte. Vielmehr bedeutet die Spaltung der Weltbevölkerung zumeist auch eine Spaltung der Länder, in denen sie leben (müssen). An diesem Prozeß nimmt die Bundesrepublik seit Ende der 70er Jahre teil, wobei sie aber im Vergleich zu anderen Ländern erst am Beginn ihrer internen Spaltung steht und daher nicht nur die innere Mengenverteilung zwischen Armut und Wohlstand im internationalen Vergleich noch recht „harmlos“ sondern auch die Versorgung der Armen vergleichsweise komfortabel ist.

Armut in der Bundesrepublik resultiert – so wurde oben entfaltet – aus verhärteten Strukturen der bundesdeutschen Gesellschaft, die durch ihre Verteilung des verfügbaren Reichtums relevante Bevölkerungsteile mit „Brosamen“ abgespeist und aus dem gesellschaftlichen Wohlstand ausgrenzt. Die Spaltung der sich zunehmend ausbildenden Weltgesellschaft entsteht aus einem analogen Prozeß. Obwohl die notwendigen Ressourcen zur Überwindung von Armut in der Bundesrepublik wie auch auf globaler Ebene vorhanden sind, wird Armut mitsamt ihren per-

sönlichen wie auch sozialen Folgen gesellschaftlich und weltgesellschaftlich in Kauf genommen. Angesichts des verfügbaren Reichtums ist Armut und die sich in ihrer Folge einstellende Ausgrenzung dennoch kein unausweichliches Schicksal, sondern ein politisches Problem, die etablierten Verteilungsstrukturen zu reformieren bzw. sich gleichsam naturwüchsig einstellende Verteilungsstrukturen politisch zu regulieren. Politischer Wille kann also die Spaltung der Menschen in unterschiedliche soziale Räume und Zusammenhänge verhindern bzw. überwinden.

Die zur Überwindung von Armut und Ausgrenzung in der Bundesrepublik notwendigen Reformschritte sind bereits in den politischen Debatten Ende der 80er Jahre bestimmt worden: Eine ökologisch verträgliche Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik muß mit einem „Umbau des Sozialstaates“ abgestimmt werden, durch den vor allem eine solide Grundsicherung in das bestehende soziale Netz eingewoben wird. Genauso dringend steht eine globale Sozialpolitik an, deren Institutionen und Verfahren gleichwohl noch weitgehend unbestimmt sind. Vielleicht wird aber in Vorbereitung des nächstjährigen Weltsozialgipfels einiges an politischer Phantasie mobilisiert, die notwendigen Reformprojekte zu bestimmen.

Eine Reformpolitik gegen die Spaltung der bundesdeutschen Gesellschaft wie der Weltgesellschaft anzutreiben, ist jedoch nicht nur die Sache der politischen Institutionen. Eine solche Reformpolitik wird nämlich nur wahrscheinlich, wenn bei der Bevölkerungsmehrheit die dazu notwendigen Bereitschaften bestehen, die gesellschaftliche und weltgesellschaftliche Spaltung gemeinsam und nach persönlichem Leistungsvermögen anzugehen und zu überwinden. Solche Bereitschaften lassen sich staatlicherseits nicht erzwingen, sondern können nur aus öffentlichen Meinungs- und Willensbildungsprozessen als freiwillige Übereinkunft aller entstehen. Diesen gesellschaftlichen Prozeß anzuregen und darin die häufig überhörte Stimme der Armen und Ausgegrenzten zu vertreten, ist gegenwärtig eine der vornehmsten Aufgaben für ChristInnen und ihre Kirchen.

ChristInnen sind in jeder historischen Situation und damit immer wieder neu aufgefordert, die „Zeichen der Zeit“ zu erkennen, also die theologische Bedeutung ihrer jeweils aktuellen Erfahrungen zu erheben. Auch wenn in der Bun-

desrepublik die ChristInnen nur selten selbst in Armut leben müssen, sondern mit ihren Kirchen mehrheitlich einen Platz in der Wohlstandsgesellschaft einnehmen, werden sie dennoch durch ihren Glauben genötigt, sich auf die Erfahrungen von Armut und Ausgrenzung einzulassen. Der Gott, dessen Heilszusage in den christlichen Traditionen überliefert wird und an den ChristInnen glauben, hat sich nämlich in besonderer Weise den Armen zugesprochen, was ich vor der „Initiative Kirche von unten“ wohl nicht besonders begründen muß.

### Der politische Aufbruch der Kirchen

Indem sich die bundesdeutsche Gesellschaft in eine Wohlstandszone für die Bevölkerungsmehrheit und in abgedrängte Armutszonen aufspaltet, verschwindet diese schleichende Spaltung zugleich aus dem öffentlichen Bewußtsein. In der „normalen“ Gesellschaft ist weder das Lebensschicksal der Armen präsent noch deren Ausgrenzung aus dem für alle anderen selbstverständlichen Wohlstand. In den politischen Debatten kommt die Armutsbevölkerung häufig nur noch als Bedrohungspotential in dunklen Straßen und nächtlichen Innenstädten oder aber als ästhetische Belästigung in Einkaufspassagen und auf Domplätzen vor. Die bundesdeutschen Kirchen sind Teil dieser von Armut absehenden Wohlstandsgesellschaft.

Deshalb tauchen weder die verfestigte Massen- und individuelle Langzeitarbeitslosigkeit, noch die Armut im Zentrum der Kirchen auf, werden also im Erfahrungsraum der Kirchen selbst gar nicht oder zumindest nur äußerst selten wahrgenommen. Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung sind deshalb eher externe Sachverhalte, zu denen sich kirchliche Akteure bestenfalls verhalten wollen, oftmals aber auch nur verhalten müssen, weil sie von anderen Akteuren auf diese Themen hin angesprochen werden. Wie wenig diese Themen im Zentrum der innerkirchlichen Aufmerksamkeiten liegen, zeigt sich u.a. daran, daß entsprechende Veranstaltungen auf Kirchen- oder Katholikentagen auf nur geringes Interesse

stoßen. Ähnlich gering ist auch die bundesdeutsche und kirchliche Aufmerksamkeit für das Schicksal derjenigen Weltbevölkerung, die aus den Prozessen globaler Integration herauszufallen droht oder bereits herausgefallen.

Ogleich keine „Kirche der Armen“ haben sich die bundesdeutschen Kirchen auf die Erfahrungen der Armen und Ausgegrenzten einzulassen. Für die christlichen Kirchen steht dabei nicht nur ihr in der „Option für die Armen“ ausgezeichnete Auftrag auf dem Spiel, sondern darüber hinaus auch ihre Identität als geschichtliches Sakrament des eschatologischen Heils. Mag dieser Anspruch theologisch auch überzeugend begründet sein, durch die Präsenz der Kirchen in einer ihre Armutszonen abspaltenden Wohlstandsgesellschaft wird er jedoch ernsthaft problematisiert. Erst im Widerstand gegen gesellschaftliche Spaltungsprozesse antizipieren die Kirchen dagegen die vom göttlichen Heil erhoffte geschwisterliche Gemeinschaft aller Menschen und verkörpern damit die verkündigte Gottesherrschaft. Nur indem die christlichen Kirchen also ihren Beitrag zur Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen leisten, werden sie geschichtlich auch als Sakrament der Einheit erfahrbar, die sie in der

Die bundesdeutschen Kirchen sind Teil dieser von Armut absehenden Wohlstandsgesellschaft.

eucharistischen Mahlgemeinschaft so eifrig feiern.

Doch wenn entsprechendes kirchliches Engagement theologisch auch notwendig ist, soziologisch ist es eher unwahrscheinlich:

(a) Die etablierten Institutionen der bundesdeutschen Kirchen sind fest in die normale und von Armut absehende Wohlstandsgesellschaft verankert und haben damit an deren lähmendem Desinteresse gegenüber der „Welt der Armen“ teil. Etablierte Loyalitäten und bewährte Kooperationen auf allen kirchlichen Ebenen stehen überdies dagegen, den politisch notwendigen Aufbruch gesellschaftlich einzufordern. Von Haus aus sind darüber hinaus die kirchlichen Institutionen nicht flexibel und kreativ genug, die anstehenden Reformen zu denken.

(b) Mit Ausnahme kinderreicher Familien, die bei Arbeitslosigkeit ihres Haushaltsvorstandes von dauerhafter Armut besonders bedroht sind, leben die

Armen in der Bundesrepublik normalerweise nicht diejenigen Lebensformen, die die amtlichen Kirchen aber projizieren und gesellschaftlich proklamieren. Armut ist vielfach sogar Konsequenz daraus, daß die bundesdeutschen Institutionen, etwa die sozialstaatlichen Sicherungssysteme, nicht auf die veränderten Lebenslagen der Menschen Rücksicht nehmen.

(c) Vergleichsweise gut sind dagegen die Chancen, daß die bundesdeutschen Kirchen das Schicksal der aus der „one world“ ausgeschlossenen Weltbevölkerung öffentlich thematisieren. Häufig sind sie nämlich in den entsprechenden Regionen dieser Welt „zu Hause“, wengleich ihre dortigen Vertreter und Repräsentanten die Interessen und Erfahrungen der Armen nur unzulänglich in den weltkirchlichen Gremien zur Sprache bringen. Gleichwohl bewährt sich in dieser Frage, daß beide bundesdeutschen Großkirchen in transnationalen Organisationsformen eingebettet sind und somit strukturell genötigt werden, ihre binnengesellschaftlichen Aufmerksamkeiten zumindest ansatzweise zu transzendieren.

### **Eine Strategie für die IKvu**

Ohne Zweifel könnte eine „Initiative Kirche von unten“ viele dieser Defizite ausgleichen und so von unten den Kirchen auf die Sprünge helfen. So steht die IKvu außerhalb etablierter Loyalitäten und Kooperationen, kann daher oftmals unbelastet die „Zeichen der Zeit“ zur Sprache bringen. Weil die Akteure der IKvu selbst häufig in amtlich ungeduldeten Lebensformen leben und häufiger als kirchliche Amtsinhaber Armutserfahrungen machen mußten, können sie sensibler die Lebenslagen der Armen erkunden und deren Interessen verstehen. Durch jahrzehntelange Internationalismusarbeit verfügen viele Initiativen über gute Kontakte in die Armutsregionen dieser Welt. Werden diese und andere Ressourcen in der „Initiative Kirche von unten“ vernetzt und auf das Thema Armut und Ausgrenzung hin konzentriert, dann läßt sich auf diesem Wege vielleicht auch die Wahrscheinlichkeit steigern, daß die Kirchen in den politischen Auseinandersetzungen der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft zur „Stimme der Stimmlosen“ werden, also für öffentliche Relevanz derjenigen Schicksale sorgen, die aus den gesellschaftlichen Aufmerksamkeiten herausgefallen sind.

Gleichwohl ist auch die „Initiative Kirche von unten“ keine politische In-

itiative derjenigen Menschen, die – im Sinne einer bekannten Reportage – „ganz unten“ leben müssen. Von Hause aus vertreten also auch die Akteure der IKvu nicht die Erfahrungen und Interessen der Armen und haben daher zunächst einmal die „Welt der Armen“ zu erkunden. Insofern sie sich dazu einer fremden Welt öffnen müssen, haben die kirchlichen Basisinitiativen tatsächlich „neue Räume“ aufzusuchen. Politisch geht es darum, die neu entdeckte Welt der Armen in den bundesdeutschen Großkirchen und auf diesem Wege auch in der politischen Öffentlichkeit der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft präsent zu machen. Denn nur auf diesem Wege „tauchen“ die von Armut und Ausgrenzung Betroffenen in den politischen Auseinandersetzungen auf, werden ihre Erfahrungen und Interessen politisch relevant. Gegen die Verdrängung der ausgruppierten Bevölkerungsteile besteht also der politische Auftrag der „Kirche von unten“ vor allem darin, die „andere Seite“ des Wohlstands, nämlich Armut und Ausgrenzung, in der Wohlstandsgesellschaft präsent zu machen.

In dieser Hinsicht führt das Motto „Aufbruch in neue Räume“ dann allerdings zu einer falschen Strategie: Der zunehmenden Spaltung der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft wie der entstehenden Weltgesellschaft widersteht nicht der Auszug aus den kirchlichen und gesellschaftlichen Kommunikations- und Entscheidungsprozessen; vielmehr gilt es, in diesen „alten Räumen“ den von Armut und Ausgrenzung Betroffenen Chancen der Artikulation zu verschaffen, also inmitten des Wohlstandes das Schicksal derjenigen relevant zu machen, die man dort nur allzu gerne vergessen würde. Oder im Bild des lukanischen Gleichnisses: Nicht der Auszug aus dem Hause des Reichen steht an, sondern die Erzählung vom armen Lazarus und seinem Leiden bei dessen opulentem Gelage. Dort gilt es zu verkündigen: Der Heilszuspruch Gottes ist zuvorderst eine „frohe Botschaft“ für die Armen.

*Matthias Möhring-Hesse  
Mitarbeiter von Prof. Friedhelm  
Hengsbach SJ am Frankfurter Nell-  
Breuning-Institut für Wirtschafts- und  
Gesellschaftsethik*